Nummer 178 — Halle, Freitag, den 9. Juni 1922 — 57. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint wochentäglich am Nachmittag, am Sonntag als Frühblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 20.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 19.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 2.00, im auswärtigen Verkehr M. 2.50. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 6.00 im Ortsverkehr und M. 8.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Der Kampf um die Anleihe.

Paris, 8. Juni. Das Anleihekomitee hat heute nachmittag von 3½ bis 6½ Uhr im Hotel Astoria getagt. Gleich nach der Sitzung wurde ein offizielles Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt, das Komitee habe darüber beraten, wie die Frage der internationalen Anleihe nach der gestrigen Mitteilung des Wiedergutmachungsausschusses zu beurteilen sei. Das Komitee wird die Prüfung dieser Frage in einer neuen Sitzung, die morgen nachmittag stattfinden wird, fortsetzen. Ueber den Verlauf der heutigen Beratung war bis zum Abend nichts zu erfahren. Das Geheimnis wird offenbar streng gewahrt.

Einer der belgischen Delegierten im Wiedergutmachungsausschuß erklärte einem Mitarbeiter des „Intransigeant", Frankreich habe durch Ernennung eines Vertreters im Anleihekomitee zu erkennen gegeben, daß es seinen Wünschen entspreche, wenn das Komitee seine Mission mit Hilfe aller zweckdienlichen Mittel erfülle. Man dürfe nicht vergessen, daß das Komitee nur Anregungen formulieren und daß die Entscheidung über eine etwaige Herabsetzung der deutschen Schuld nur durch die Parlamente erfolgen könnte.

Der „Temps" gibt den amerikanischen Staatsmännern zu bedenken, daß die von Stinnes geführten deutschen Industriekreise eine internationale Anleihe gar nicht wünschen, und die Voraussetzung des Komitees, Deutschland erstrebe ernsthaft eine Regelung der Wiedergutmachung durch die beschlossene Anleihe, bei der ablehnenden Haltung der deutschen Wirtschaftskreise, unhaltbar sei. Das Blatt verteidigt Dubois wegen seiner Erklärungen in der gestrigen Sitzung des Wiedergutmachungsausschusses, daß eine Herabsetzung der deutschen Schuld, die eine entsprechende Herabsetzung der amerikanischen Schuldforderungen zur Voraussetzung haben müßte, nicht erörtert werden könne, weil der Wiedergutmachungsausschuß für die Regelung der amerikanischen Schuldforderungen nicht zuständig sei. Der „Temps" betrachtet diese Aeußerung, in der andere gerade eine Verbindung zwischen den beiden Schuldfragen sehen, als einen Beweis dafür, daß Dubois sich wohl gehütet habe, an irgendeinem Manöver teilzunehmen, das nach einem Druck auf die Vereinigten Staaten aussehen könnte. Frankreich will nach Versicherung des Blattes von Deutschland bezahlt werden, um selbst seine Schulden bei Amerika und England zu bezahlen, während England offenbar bemüht sei, eine Art von Syndikat der europäischen Schuldnerstaaten zu erstreben, unter Annullierung der amerikanischen Schuldforderungen.

Englische Vorhaltungen an Frankreich.

London, 8. Juni. In einem Leitartikel des Lloyd George nahestehenden „Daily Chronicle" zu der Haltung der Franzosen in der Reparationskommission heißt es: „Die Franzosen sollen nicht denken, daß aus Mangel an Verständnis für das französische Bedürfnis nach deutschen Zahlungen die übrigen Staaten die französische Haltung nicht billigen. Wie Frankreich die Wiederherstellung seiner verwüsteten Gebiete finanzielle Sorgen mache, leide England unter der Verwüstung seines Handels und unter seinem Heer von Arbeitslosen. Auch England verlange von Deutschland Zahlungen, soweit diese Zahlungen den Alliierten mehr Vorteile als Nachteile bringen. Das Unbegreifliche an der Haltung der Franzosen ist, daß sie an einem nicht zu verwirklichenden Standpunkte festhalten wollen. Der Bankierausschuß hatte einen Weg vorgeschlagen, um Deutschland wieder auf die Beine zu helfen und Frankreich bares Geld zu verschaffen. Diese Bankiers beschäftigen sich nicht wie Politiker einfach mit der Frage, was Deutschland noch zu zahlen habe, ohne damit zu rechnen, was Deutschland noch in Wirklichkeit zahlen könne. Natürlich hat die Kommission der Finanzleute nicht das Recht, in die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission einzugreifen. Wohl aber hat sie das Recht und die Macht, einen Plan aufzustellen, durch den Barzahlungen geschaffen werden könnten. Die Ablehnung eines solchen Planes ist keine kluge Haltung." Das Blatt ist überzeugt, daß die Fortsetzung einer solchen Politik zum europäischen Ruin führen müsse.

Zweierlei Recht.

Vorarbeit für den Raub des Saargebiets.

Demnächst finden die Landesratswahlen im Saarstaate statt. Obwohl dieses Parlament ein Hohn auf alle demokratischen Institutionen ist, weil es sozusagen nur eine Dekoration darstellen soll, sind die Wahlen dazu doch von großer politischer Bedeutung. Offenbar ist beabsichtigt, von seiten der Franzosen derartige Wahlen als Manöver für die nunmehr in zwölf Jahren stattfindende Volksabstimmung zu betrachten. Anders wäre es jedenfalls nicht zu erklären, daß auch alle Franzosen und Französinnen über 20 Jahre jetzt das Recht zur Wahl haben. Die französische Kolonie fordert sogar in einem besonderen Aufrufe zur Wahlbeteiligung auf.

Das Saarparlament soll eine Vertretung der Bevölkerung des Saargebietes sein. Diese aber ist rein deutsch. Franzosen hat es im Saargebiet lediglich nach der gefälschten Adresse an Clemenceau gegeben, sonst aber nicht. Natürlich ist jetzt der französischen Invasion Tür und Tor geöffnet. Unter der französischen Besetzung ist es ein leichtes gewesen, seit einem Jahre ungezählte überflüssige Existenzen nach dem Saarstaat zu bringen. Wenn diese jetzt das gleiche Wahlrecht besitzen sollen wie die eingesessene Bevölkerung, so schmälert man der Saarbevölkerung ihr bißchen kümmerliches Recht abermals durch eine Verwaltungsmaßnahme. Deutschland wird streng darauf achten müssen, inwieweit hier schon Vorarbeit für die Volksabstimmung beabsichtigt ist. Keinesfalls geht es an, an der Volksabstimung Personen teilnehmen zu lassen, die vor dem Abschluß des Friedensvertrages nicht im Saargebiet gewohnt haben. Das ist in allen anderen Abstimmungsgebieten so gehandhabt worden, und es ist notwendig, darauf zu achten, daß im Saargebiet nicht etwa zweierlei Recht geschaffen wird.

Trotz aller französischen Machinationen und trotz des Imports französischer Wähler und Wählerinnen wird der Landesrat eine erdrückende deutsche Mehrheit erhalten.

30—32 Mark das Brot?!

Der voraussichtliche Brotpreis ab August.

Berlin, 9. Juni. Der neue Entwurf über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide überläßt den Landesregierungen die Festsetzung der Umlage und die Berechnung der Getreidepreise. Man nimmt an, daß vom August ab der Brotpreis für ein 1900-Gramm-Brot 30—32 Mark betragen wird, dies wären reichlich 100 Prozent mehr gegen den augenblicklichen Preis.

Ruhe in Oberschlesien.

Breslau, 8. Juni. Durch den Belagerungszustand, die Entsendung interalliierter Truppen in das Unruhegebiet und nicht zuletzt die Vermittelung der deutschen und der polnischen Gewerkschaftsführer, die sich zu der sogenannten Fünferkommission zusammengeschlossen hatten, ist im großen und ganzen in Oberschlesien Ruhe eingetreten.

Bestrafung deutscher Offiziere.

Vor dem französischen Kriegsgericht.

Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee in Mainz hatten sich siebzehn ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Offizierbundes, entgegen einer Verordnung der interalliierten Rheinlandkommission im besetzten deutschen Rheingebiet einer Organisation angehört haben sollen, die direkt oder indirekt mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung stehe. Das Gericht verurteilte nach fünfstündiger Verhandlung den Major Georg Jürgen als verantwortlichen Leiter zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf in contumaciam zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Aumann in contumaciam zu je einem Monat Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu je 3000 Mk. Geldstrafe.

Konsularabkommen mit Rußland.

Berlin, 9. Juni. Wie wir erfahren, ist unmittelbar vor der Abreise des Reichskanzlers und des Außenministers Dr. Rathenau ein Konsularabkommen zwischen Deutschland und Rußland, über das seit einiger Zeit verhandelt wurde, zum Abschluß gekommen. Deutschland begnügt sich vorläufig mit der Errichtung von zwei großen Konsulaten in Sowjetrußland, die ihren Sitz in Moskau und Petersburg haben werden. Sowjetrußland hat dagegen angekündigt, daß es beabsichtigt, in allen größeren deutschen Städten Konsulate zu eröffnen. Ein großes russisches Konsulat wird sich in Königsberg befinden, das sich zugleich zur Aufgabe machen werde, an dieser wichtigen Umschlagstelle für den Handelsverkehr mit Rußland die russischen Einfuhrgüter zu kontrollieren.

Entlassung ohne Pension.

Noch ein Nachspiel zum Eisenbahnerstreik.

Das gegen die Magdeburger Streikführer eingeleitete Disziplinarverfahren hat mit einer Verurteilung des Eisenbahnoberingenieurs Heinemann, des Eisenbahnassistenten Heibrock und des Lokomotivführers Stapel geendet. Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde das Urteil dahin gefällt, daß die drei Beschuldigten wegen systematischer Streikhetze zur Dienstentlassung ohne Pension verurteilt wurden. Außerdem wurden ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

2400 Kronen tägliche Arbeitslosenunterstützung. Wie der Voss. Ztg. aus Wien gedrahtet wird, wurde nach schwierigen Ausschußverhandlungen die Arbeitslosenunterstützung von bisher täglich 940 Kronen auf 2400 Kronen erhöht. Gleichzeitig stieg der Preis für den 2-Pfd.-Brotlaib von bisher 960 auf 1400 Kronen, das Rindfleisch abermals um 1000 Kronen bis auf über 7000 Kronen.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen sind ins Stocken geraten, weil Spanien auf deutsche Waren einen Valutazuschlag erhob. Die spanische Presse erklärt sich jetzt im allgemeinen gegen diese Wirtschaftspolitik. Wie aus Aeußerungen der französischen Presse hervorgeht, ist die Erhebung des Valutazuschlages auf dringende französische Anregungen zurückzuführen, die sich auf diese Art die deutsche Konkurrenz vom Halse schaffen wollten.

Finanz und Politik.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

In Genua durfte bekanntlich über „Thema" nicht gesprochen werden. Herr Poincaré hatte in Genua für Warnungstafeln hinsichtlich der Reparationsfrage gesorgt. Diese Politik des „Verboten" ist nun an der Macht der Verhältnisse kläglich gescheitert. Die Pariser Finanzkonferenz, welche die Möglichkeiten einer Anleihe an Deutschland studieren soll, kann das Ziel ihrer Untersuchungen ohne die Aufrollung der Reparationsfrage gar nicht erreichen, und seitdem beschäftigt sich die Presse der ganzen Welt, nicht zuletzt die französische Presse selbst, mit diesem verbotenen Problem. Die Verbotstafeln sind umgeworfen.

Den derbsten Stoß hat ihnen die Antwort gegeben, welche die Reparatinskommission dem Anleiheausschuß auf seine Anfrage erteilt hat, ob dieser Ausschuß lediglich ein finanzielles Gutachten abzugeben habe, oder ob er auch die Vorbedingungen einer internationalen Anleihe untersuchen dürfe und ob die Bestimmungen des Londoner Ultimatums unabänderlich seien. Die Antwort, die der Konferenz der Bankiers erteilt worden ist und ihr für ihre Untersuchungen und Beratungen gewissermaßen freie Hand gibt, stellt geradezu ein historisches Dokument dar, so daß der 7. Juni 1922, an dem diese Antwort ergangen ist, wohl als ein Wendepunkt, als ein Entscheidungstag in der Geschichte der Reparationsfrage erwartet werden darf. Dieser Tag hat in dem Zwinguri des Versailler Vertrages den ersten Quader gelockert, und man darf hoffen, daß die Zeit nicht mehr ferne sein wird, da dieser Quader herausgebrochen und die Revision des Versailler Schanddokuments damit im Gange sein wird. Es ist ja nicht das erstemal, daß Frankreich gegenüber seinen Verbündeten in sehr wenig glänzender Einsamkeit dastand. Die französische Presse hat sich darüber jeweils mit leichten Worten hinweg zu trösten versucht. Diesmal aber verhehlt sie ganz und gar nicht ihr Unbehagen darüber, daß zum ersten Male in der Reparationskommission ein Mehrheitsbeschluß zustande kam, bei dem England, Italien und ach! selbst das so treue Belgien und nicht zuletzt die Vereinigten Staaten geschlossen dem französischen Protest gegenüberstanden. Wenn der „Temps" mißgelaunt dazu bemerkt, daß nun nicht mehr die deutsche Bemühung um die Schuldentilgung, sondern die Herabsetzung der deutschen Schuld zur Erörterung stehe, so mag er damit im Grunde genommen recht haben. Praktisch gesprochen sind wir aber leider noch nicht so weit. Denn die über Frankreichs Kopf hinweg erzielte Entscheidung der Reparationskommission hat nur theoretische Bedeutung und ebnet nur einigermaßen die Wege für eine Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Für diese selbst aber ist ein einstimmiger Beschluß der verbündeten Regierungen notwendig, den Frankreich durch sein Veto ja jederzeit hintertreiben kann. Auch ist noch ganz und gar nicht gesagt, was nunmehr der Anleiheausschuß selbst beschließen wird, einmal grundsätzlich, dann aber, ob er sich für eine große oder eine kleine Anleihe entscheiden wird.

Herr Poincaré ist über die Entscheidung der Reparationskommission fuchsteufelswild und macht ganz undiplomatisch aus seinem Herzen keine Mördergrube. In einer Pressekonferenz hat er die wahren Gesinnungen des „friedliebenden" Frankreich so trefflich illustriert und die Katze des französischen Militarismus so ungehemmt aus dem Sack gelassen, daß es künftig niemand mehr nötig haben wird, ihr die Schelle umzuhängen. Ohne jede Verbrämung hat er erklärt, ein Scheitern der internationalen Anleihe sei nicht tragisch zu nehmen. Denn wenn Deutschland durch eine Finanzkombination seine Wiedergutmachungsschuld mobilisieren könnte, würde es den Verbündeten (lies: Frankreich) kaum mehr möglich sein, zur Erzwingung der deutschen Abrüstung Sanktionen zu verhängen, und die Besetzung des linken Rheinufers müßte am Ende aufgehoben werden. Lieber wolle Frankreich noch einige Zeit auf eine Anzahlung verzichten, als seine alten Rechte preiszugeben. Dieweil also Herr Barthou in Genua mit einem Faustschlag auf den Tisch Frankreichs Friedensliebe beteuert, und die französische Presse selbst eine drohende Finanzkrise an die Wand malt, verzichtet Frankreich lieber auf Geld und auf eine geschäftlich vernünftige Verständigung und treibt lieber weiterhin imperialistische Politik. Herr Poincaré hat bei diesem Presseempfang aber auch eine andere Bemerkung gemacht. Und hier liegt wahrscheinlich der Hund begraben. Er bezeichnete die Aufrollung der Frage des gegenseitigen Schuldenerlasses als nicht empfehlenswert, weil Frankreich dabei Gefahr laufe, sich in den Augen Amerikas zu kompromittieren. Diese Erklärung allein ist aber schon Kompromittierung genug. Herr Poincaré ist sich natürlich vollkommen klar darüber, daß die Vereinigten Staaten für den Schuldennachlaß eine Gegenrechnung präsentieren würden, und daß diese Gegenrechnung Abrüstung heißt. Amerika denkt mit Recht nicht daran, Frankreich einen Schuldennachlaß zu gewähren, die es dem gallischen Hahn ermöglichen würde, seine Sporen immer mehr zu schärfen, also weitere Rüstungspolitik zu treiben, noch überhaupt in irgendwelcher Form Europa Geld zur Verfügung zu stellen, ohne die Garantie einer friedlichen politischen Entwicklung. Herr Poincaré hat sich mit seinen Erklärungen selbst verraten und die schwere tatsächliche Niederlage Frankreichs in eine ebenso große moralische verwandelt.

Wie weit ihm auf diesem Wege der französische Steuerzahler folgen wird, steht freilich auf einem anderen Blatte. Auch das französische Volk ist nachgerade der Politik des Knüppels müde, nachdem es einsehen gelernt hat, daß alle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220609018/fragment/page=0001

Konferenzen der Staatsmänner es nicht vor erhöhten Steuern schützen können, wenn nicht endlich eine Lösung gefunden wird, die Deutschland zahlungsfähig macht. Darüber ist sich wohl auch Herr Poincaré nicht im unklaren. Und darum ist vielleicht seine Ablehnung der Aufrollung der Frage des Schuldennachlasses nur eitel Spiegelfechterei. Wahrscheinlich würde er sich mit einer Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen alsbald einverstanden erklären, wenn vorher Amerika ihm gegenüber damit den Anfang machen würde. Das ist der kritische Punkt, an dem bisher die Quadratur dieses Zirkels scheitert; von den Garantien der Gläubiger einer Anleihe heute gar nicht zu reden, die den zweiten kritischen Punkt darstellen würden. Deutschland befindet sich bei alledem vorderhand nur in der Rolle des Zuschauers und beklagt sich diesmal nicht darüber, daß es nur Objekt der Verhandlungen ist.

Killinger-Prozeß.

Zweiter Verhandlungstag.

(Eigene Drahtmeldung.)

Offenburg, 8. Juni 1922.

Der heutige zweite Sitzungstag im Erzbergerprozeß begann mit der ausführlichen Aeußerung des Gerichtschemikers Dr. Popp aus Frankfurt am Main, der vor allem das am Tatorte aufgefundene Blut untersucht hat und in seinen Ausführungen sich wesentlich an das anschließt, was der Bezirksarzt von Oberkirch festgestellt hat. Dann wird eine ganze Gruppe von Zeugen vernommen, die sich am 26. August im Gebiete des Kniebis aufgehalten haben. Mehrere davon bekunden, zwei junge Leute um die Zeit der Tat gesehen zu haben. Wesentliches bieten ihre Aussagen nicht. Größere Bedeutung kam der Vernehmung des Eisenbahninspektors Jung aus Ludwigshafen zu. Jung kam mit seinem Sohn am 25. August nach Oppenau und wohnte im Hirschen. Abends saß er mit zwei jüngeren Herren beim Abendessen zusammen, denen er am nächsten Tag bei einem Ausflug über den Kniebis nach Freudenstadt wiederbegegnete. Es entwickelte sich ein Gespräch, in dem aber der Mord nicht berührt wurde. Gegen 12 Uhr trat dann in den Verhandlungen eine Pause ein. Der Vorsitzende machte bekannt, daß am Freitag die Lokaltermine stattfinden würden. Außer dem Gerichtshof und den Geschworenen nahmen daran der Angeklagte und seine Verteidiger teil.

In der Nachmittagssitzung

wurde zunächst Landgerichtsrat Dr. Eggler vernommen, der als Untersuchungsrichter unmittelbar nach der Tat die ersten Erhebungen und Vernehmungen vorgenommen hat. Dr. Popp wird noch einmal über die Patronen gehört, die bei der Tat Verwendung fanden. Es handelt sich um Geschosse von 9 Millimeter und solche von 7,55 Millimeter. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß in seiner Wohnung unverbrauchte Geschosse dieser Art gefunden worden sind, die übrigens auch dieselben Ziffern und Zeichen getragen hätten. Es waren hauptsächlich Geschosse, die im November 1918 hergestellt waren. Angeklagter Killinger erwidert, er könne sich das nur so erklären, daß diejenigen, die das Attentat verübt haben, durch Zufall Geschosse derselben Herkunft bei der Abwicklung der Armee bekommen hätten. Die Zeugenvernehmung verliert sich dann durch die Aussagen einer Reihe von Damen, die in Griesbach zur Kur weilten und in den Tagen vor dem Attentat auf einem Höhenweg gegenüber dem Kurhaus zwei junge Leute beobachtet haben, die verschiedentlich hin- und hergegangen sind. Einige Kriminalkommissare bestätigen die Angaben über die Möglichkeit, von diesem Höhenwege aus in die von der Familie Erzberger bewohnten Räume hineinzusehen. Der bis dahin äußerst ruhige und sachliche Verlauf des zweiten Verhandlungstages wird wesentlich verändert durch die äußerst sensationelle Schilderung des Kriminaloberinspektors Schumacher aus Karlsruhe, der die Erhebungen über den

Aufenthalt der Erzberger-Mörder in Budapest

vornahm. Er schildert, wie er mit Kriminalkommissar Rüdert in dienstlichem Auftrage nach Budapest geschickt worden war. Bei dieser Gelegenheit vernahmen sie einen Reichsdeutschen namens Kahn. Dieser will beobachtet haben, daß zwei junge Leute auf der Straße in Budapest die „Vossische Zeitung" kauften. Da er zufällig den beiden in ein Gasthaus folgte, sah er, wie der eine dem anderen eine Notiz über die angebliche Verhaftung eines gewissen Tillessen, der sich freiwillig gemeldet haben sollte, zeigte. Kahn, der in einer eigenen „Vossischen Zeitung" die Notiz las, bekam sofort den Verdacht, daß die beiden jungen Leute mit den gesuchten Erzberger-Mördern identisch seien. Längere Zeit hindurch hatte er jegliche Spur von ihnen verloren, bis er sie durch Zufall wieder in demselben Gasthaus antraf, und den beiden dann zum Haupttelegraphenamte folgte. Kahn will auf Grund der in Zeitschriften veröffentlichten Bilder der Mörder dieselben bestimmt erkannt haben. Nachdem Kahn den beiden längere Zeit gefolgt war, unschlüssig, ob er sich an die Polizei wenden solle, verlor er sie wiederum aus dem Auge. Da man ihm aber nach einigen Tagen

auf der Gesandtschaft keine Auskunft

geben konnte, schrieb er nach Berlin, weil er nicht unterrichtet war, daß die Offenburger Staatsanwaltschaft zuständig war. Nach der Ankunft der beiden Kriminalkommissare in Budapest wurde auch das Telegramm ermittelt, das, von der Hand Tillessens geschrieben, folgenden Wortlaut hatte: „Adolf Müller, Rechtsanwalt, München. Otto nimm Einsicht. Hans." Auf Grund seiner kriminalistischen Erfahrungen wandte sich Schumacher an alle Friseure der Umgebung des Hotels Astoria, in dem die beiden Gesuchten Zechprellerei veranstaltet hatten. Denn er sagte sich, daß die Friseure die Gesichter ihrer Kunden am besten kennen. Tatsächlich kannte der Inhaber eines Friseurgeschäftes an Hand von Bildern die beiden wieder, die sich zweimal bei ihm hatten rasieren lassen. Da sie bei ihm erzählt hatten, daß sich Tillessen kurz zuvor für 6000 Kronen einen neuen Mantel gekauft hätte, so suchten die Kriminalisten alle Schneidereien ab.

Steuerdeklaration und Siedlungswerk.

Ein merkwürdiger Standpunkt der Deutschen Volkspartei.

Seitdem die Deutsche Volkspartei und ihre „Schwesterpartei", die Deutschnationale Volkspartei, sich ziemlich kräftig in den Haaren liegen, weiß die Deutsche Volkspartei ihrem inneren Aerger nicht anders Luft zu machen, als, indem sie jede Gelegenheit beim Schopfe erfaßt, um sich an der Deutschen Demokratischen Partei zu reiben. Kaum eine Woche vergeht, in der die „Nationalliberale Correspondenz" nicht ein- oder mehrmals, oft sogar mehrmals in einer Nummer, gegen die Demokraten anrennt. Neuerdings hat es ihr die vom Abg. Erkelenz und Fraktion im Reichstag eingebrachte Entschließung angetan, die verlangt, daß die Finanzämter größere Güter, deren Steuerdeklaration in auffälligem Gegensatz zu der Größe ihres Betriebes steht oder die buchmäßig Unterbilanzen aufweisen, den Kulturämtern ihres Bezirks als besonders geeignet für Siedlungszwecke mitteilen sollen. Die genannte Korrespondenz findet diese Entschließung „deshalb so überaus unsachlich, weil der für die Steuerdeklaration maßgebende Reingewinn mit der Ertragfähigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes keineswegs gleichzusetzen ist". Viele Güter, doziert sie, erhalten in weitestgehendem Maße noch ihre Milchproduktion trotz erwiesener Unrentabilität aufrecht und leisteten damit der Volksgemeinschaft einen wesentlichen Dienst. Aus diesen Gründen werde die Deutsche Volkspartei gegen die demokratische Entschließung stimmen, die nichts sei als „billiges Agitationsmaterial zur Hetze gegen den Großgrundbesitz und ein neuer Versuch, sich mit Worten als besonders siedlungsfreundlich zu geben". Worte und Taten ständen bei den Demokraten auf diesem Gebiete gar zu häufig in diametralem Gegensatze.

Diese letztere Behauptung ist Demagogie. Ueberall im Lande weiß man, daß der Siedlungsgedanke nirgend besser aufgehoben ist und gefördert wird, als gerade bei den Demokraten. Beweis dessen sind die zahlreichen Pächter- und Siedlervereine, die sich auf die Demokratische Partei stützen. Die Begründung aber, welche die „Nationalliberale Corr." für ihre Ablehnung der demokratischen Entschließung gibt, ist so windig wie nur denkbar. Sie fließt offenbar aus dem Bestreben, ihre im Kampf mit den Deutschnationalen erschütterte Stellung dadurch zu stärken, daß sie sich als Hüterin und Schützerin des Großgrundbesitzes aufspielt.

Der Deutsche Protestantentag, verbunden mit einer Tagung des Verbandes des freien Protestantismus, tritt in der Zeit vom 20. bis 22. Juni in Berlin im Lehrervereinshause zusammen. Bei dieser Gelegenheit werden zwei öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Prof. D. Zscharnack wird am 21. Juni über den preußischen Kirchenverfassungsentwurf als einer Gefahr für Freiheit und Fortmigkeit der Volkskirche, Pfarrer Nack am 22. Juni über unseren Bibel- und Christusglauben und die Volksmission des freien Protestantismus sprechen.

Eine Streitschrift „Gegen die Versteinerung der deutschen Sozialpolitik" von dem Reichstagsabg. Anton Erkelenz wird in den nächsten Tagen im „Demokratischen Verlag", Berlin SW 11, Bernburgerstr. 18 erscheinen. Der Schrift liegen dieselben Gedanken zugrunde, die Erkelenz in seiner Rede auf der Verbandstagung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine dargelegt hat. Die Schrift wird voraussichtlich eine neue sozialpolitische Debatte hervorrufen.

Aus aller Welt

Ein Flugzeug, das in der Luft stillsteht.

Auf Veranlassung der britischen Admiralität wurden in den letzten Tagen Versuche mit einem neuen Flugzeug, einem sogenannten Brennan-Helicopter angestellt, die außerordentlich erfolgreich waren. Der „Manchester Guardian" gibt an, daß das neue Fahrzeug alle die Bedingungen erfüllt habe, die das Luftschiffministerium für den Preis von 50 000 Sterling für den Erfinder ausgeschrieben hatte. Man erwartet, daß mit diesem neuen Flugzeug eine neue Epoche des Flugwesens beginnen werde. Der Helicopter wurde mit Unterstützung der Regierung von einem Mr. Brennan entworfen und auf dem Flugplatz in Southfarnborough in Hampshire gebaut. Der Bau wurde streng geheim gehalten. Das Ministerium für Luftschiffahrt hatte für das neue Flugzeug die Anforderungen aufgestellt, daß es zuerst mit eigener Kraft auf eine Höhe von 2000 Fuß steigen und darauf einen Flug von einstündiger Dauer ausführen könne. Zweitens müsse das Flugzeug imstande sein, selbst bei starkem Winde eine halbe Stunde auf einem bestimmten Punkt zu schweben. Drittens muß es imstande sein, mit abgestellten Maschinen bei starkem Winde eine fast senkrechte Landung vorzunehmen. Viertens mußte es eine Geschwindigkeit von 60 englischen Meilen pro Stunde erzielen. Der neue Helicopter hat sämtliche Bedingungen vollständig erfüllt. Man erwartet, daß diese Erfindung eine starke Umwälzung hervorrufen werde, da Flugplätze unnötig gemacht werden und die Maschine imstande ist, auf irgendeinem beliebigen Häuserdache zu landen. Auch für militärische Zwecke wird das neue Flugzeug Verwendung finden können, da es unbeweglich über irgendeinem Punkte lange Zeit schweben und sich fast unsichtbar machen kann.

Eine Gemeinde mit einem Einwohner. Luffield Abbey heißt eine Gemeinde bei London, die immer noch als solche selbständig ist, obwohl sie nur einen einzigen Einwohner zählt. Dieser, ein Mr. Kynaston, hat viele Jahre hindurch in seiner Eigenschaft als Gemeinderat das Privilegium gehabt, selbst seinen Steuersatz bestimmen zu dürfen, ebenso den Vorzug, sein eigener Steuereinnehmer zu sein. Nun schwebt jedoch seine einzigartige Stellung in ernster Gefahr, da eine Nachbargemeinde Schritte getan hat, um sich Luffield Abbey einzuverleiben. Mr. Kynaston ist entschlossen, falls diese Bestrebungen zum Ziel führen, nach Kanada auszuwandern, da ihm der Verlust seines Monopols, wie er erklärt, den Aufenthalt in der Heimat verleiden würde.

Einbruch per Droschke. Dreiste Einbrecher haben einen Musikdirektor in Wilmersdorf bei Berlin heimgesucht. Sie fuhren mit einer Droschke vor, ließen den Wagen vor der Tür halten, brachen die Wohnung auf, suchten für über 100 000 Mark Silberzeug, Wäsche usw. zusammen, packten alles in einen großen Rohrplattenkoffer, einen gelben Hutkarton und mehrere Pakete, bestiegen mit der Beute wieder die Droschke und fuhren davon. Koffer, Karton und Pakete standen offen auf dem Wagen. Die Einbrecher sind zwei junge Männer von etwa 25 bis 28 Jahren.

Der Atlantikflug glücklich beendet. Die Berliner portugiesische Gesandtschaft teilt mit: Die Flieger, die den Flug von Lissabon nach Brasilien im Aeroplane unternahmen, haben ihre ruhmvolle Aufgabe beendet. Sie sind in Pernambuco gelandet.

Die Kanklagung.

Den Schluß der Vormittagssitzung bildete Raymund Schmidt als Referent über die Prolegomena zur Vaihinger-Philosophie des Als-Ob. Der Vortragende unterschied zum Zwecke der besseren Verständigung über die Entwicklung und die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Philosophie des Als-Ob zwei Stadien innerhalb dieses Werkes, ein unkritisches logisch-theoretisches Stadium, in welchem der übernommene Wahrheitsbegriff einer herzebrachten Logik und ein gewissermaßen undiskutierbar vieldeutiger Wahrheitsbegriff geboten wird, und ein kritisches wissenschaftstheoretisches Stadium, in welchem Vaihinger das Herzebrachte und Uebernommene durchbricht, auf Grund einer Art außerlogischen Intersektion und eines Appells an die innere Erfahrung, keinen eigenen Wirklichkeitsbegriff überhaupt erst nennt und den übernommenen Wahrheitsbegriff erläutert zugunsten eines Zweckmäßigkeitsbegriffes in höherem Sinne. Der Referent nannte das erste Stadium das der logischen Fiktionstheorie, zeigte sodann deren Berechtigung und Konsequenz, solange an der Voraussetzung der Gültigkeit jener hergebrachten Wirklichkeitsbegriffe festzuhalten und wehrte in großen Zügen Mißverständnisse, die sich aus der Vermischung dieser Standpunkte ergeben, ab. Weiter trug er durch scharfsinnige Diskussion dieser Vaihingerischer Position Wesentliches zur Ausbildung der logischen Theorie der Fiktionen bei. Das zweite Stadium nannte er das Stadium der fiktionalistischen Wissenschaftslehre. Er zeigte, wie beiden Stadien widerspruchslos genetisch nicht nur für das spezielle Vaihingerische Denken, sondern für jedes Denken, das zu Antinomien und aus solchen zu einer Kritik der Ansprüche der logischen Fiktionen führt, zusammenhängen. In schärferer Weise, als es bei Vaihinger selbst geschieht, zeichnete der Referent die phänomenologische Basis dieses zweiten Stadiums, schilderte das eigenartige Gesicht, das die logische Fiktionstheorie in diesem Stadium erhält. In großen Zügen an der Hand einleuchtender Beispiele schilderte der Redner die Bedeutung einer solchen Wissenschaftslehre für das Ganze des wirklichen Erkennens, er zeigte, wie von dieser die Erledigung aller Schwierigkeiten, Antinomien, Denkabgründen, welche sich aus einem naiven Vertrauen auf das absolute Gültigkeitsdenken ergeben, zu erwarten ist, ohne dabei das Vertrauen auf die praktische Gültigkeit dieses Denkens zu gefährden. Schließlich skizzierte der Vortragende die Aufgaben, welche für eine moderne fiktionalistische Wissenschaftslehre aus der Anregung Vaihingers sich ergeben. Er forderte eine physogenetische fiktionalistische Kategorienlehre, als Ergänzung dazu eine Psychologie der Weltanschauungen und schließlich eine systematische Ausbreitung der Grundsätze einer fiktionalistischen Wissenschaftstheorie, auf alle Fälle für die Antinomien innerhalb des Gebietes der verschiedenen Einzelwissenschaften. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die Ethik und die Religionsphilosophie Vaihingers und mit einer kurzen Erörterung der Frage: Ist eine Metaphysik des Als-Ob möglich?

Eine lebhafte Diskussion zeigte, welchem Interesse die Ausführungen begegneten.

Nach der Mittagspause begann um 5 Uhr die zweite Sitzung. Nach Beendigung der sich noch an den letzten Vormittagsvortrag anschließenden Debatte sprach in fließendem Deutsch Dozent Dr. Nyman-Lund über den Fiktionalismus, sozusagen den ästhetischen, mit besonderer Rücksicht auf die Fiktionen in der Lyrik.

Den Schluß der Als-Ob-Konferenz bildeten die Ausführungen des Geh. Hofrats Prof. Dr. Volkman-Leipzig über die Bedeutung der Fiktion im künstlerischen Schaffen und Genießen. Auch dieser Vortrag nahm Gelegenheit, eine zwar von Vaihinger schon berührte, aber erst noch völlig auszubauende Seite des Fiktionalismus in ihrem ganzen Problemreichtum vorzuführen. Volkmann zieht zwischen Wissenschaft und Kunst enge Parallelen, im tiefsten Sinne sind beide identisch, beide wollen die Welt der Erkenntnis eröffnen, jene bietet begriffliche, diese anschauliche Erkenntnis, für erstere kann Mochs Satz von der Oekonomie des Denkens Anwendung finden, für diese wurde ein Satz von der Oekonomie des Schauens geprägt. Alles künstlerische Verstehen wird dabei vom künstlerischen Schaffen auszugehen haben. In der künstlerischen Weltordnung ist kein Beweisen möglich, auch kann uns die Kunst nicht die letzten Rätsel des Daseins erschließen, doch zwingt uns das Bewußtsein dieser Grenze alles Menschlichen nicht zu trüber Resignation, sondern führt uns weiter zu zaktlosem Handeln und Schaffen. Auch hier besteht die im Reiche des Fiktionalismus immer drohende Gefahr, daß das Als-Ob mit Verkennung seiner Natur schließlich über die Hypothese zum Dogma schritt. Auch die genießende Kunst bedarf der Fiktionen, namentlich der isolierenden. Auch hier stehen diese im Dienste, des süßen Wahnsinns des Begreifens." Zum Schluß setzte sich der Redner, oft im Anschlusse an Konrad Fiedler, mit einer großen Anzahl von namhaften Aestheten der Gegenwart auseinander.

Damit endete in vorgerückter Nachmittagsstunde die diesjährige Als-Ob-Tagung.

Privatdozent Dr. Alf Nyman aus Lund (Schweden) sprach über

„Fiktionalismus, speziell den ästhetischen, mit besonderer Rücksicht auf die Fiktionen in der Lyrik".

Der Referent hob zunächst das enge Band hervor, das zwischen dem Fiktionalismus und dem Positivismus zu bestehen scheint und suchte zu zeigen, daß man die Wirklichkeit gar nicht vom Scheine trennen kann, ohne zugleich erkennen zu lassen, in welch außerordentlichem Grad wir uns tatsächlich desselben bedienen. So schlägt der Positivismus in den Fiktionalismus um, und die früher verworfenen Begriffsbilder, Apperzeptionen, Superstitionen usw. bekommen einen neuen Wertakzent, werden als Hilfsmittel, Arbeitsmittel erkannt, mit denen wir die Wirklichkeit beherrschen und zu berechnen suchen.

Dieser Umschlag, der innerhalb der deutschen Gegenwartsphilosophie an die Fiktionslehre Hans Vaihingers anknüpft, macht sich aber auch anderweitig, in anderen Ländern, geltend, und der Referent zeigte, wie besonders innerhalb der italienischen und französischen Philosophie nahe verwandte Bestrebungen sich regen. So sind bei Giovanni Marchesini, Fr. Paulhan, Jules de Gaultiers und Henri Bergson ganz unabhängig von Vaihinger, fiktionalistische Gedanken aufgetaucht, und besonders die beiden erstgenannten treffen in einem Kerngedanken mit der Philosophie des Als-Ob zusammen.

Während aber Marchesini den Als-Ob-Gedanken mit besonderer Berücksichtigung der Ethik und Pädagogik entwickelt hat, so sucht Fr. Paulhan seinen Wert für die Logik und Aesthetik nachzuweisen. Er will nachweisen, wie übereilt wir „t dem logischen Widerspruch abgerechnet haben und faßt den Widerspruch sogar als eine Lebensbedingung des menschlichen Gedankens auf für den Verstand, ebenso notwendig wie der Phosphor für das Gehirn.

Eigentlich heucheln wir Angst vor dem logischen Widerspruch allein auf rein wissenschaftlichem Felde und sind auf anderen, z. B. auf künstlerisch-poetischen Gebieten gar nicht so prüde in logischer Hinsicht. Im Wesen des künstlerischen Erlebnisses sucht so Paulhan denselben Widerspruch nachzuweisen, den der verstorbene deutsche Kunsttheoretiker Konrad Lange in seinem Werke „Das Wesen der Kunst" als die ästhetische Illusion, die „bewußte Selbsttäuschung" charakterisierte.

Unter demselben Gesichtspunkt betrachtet Paulhan dann auch weiter die lyrischen Metaphern und Gleichnisse, die ja stets mehr oder weniger verdeckte Widersprüche bergen. Er sucht darzulegen, daß ihre ästhetische Wirksamkeit vor allem auf ihren widersprechenden Elementen basiert, während dessen Konrad Lange die lustgebende Kraft der Metapher oder des poetischen Gleichnisses mit dem „abwechselnden Erleben zweier Vorstellungsreihen" in Verbindung setzt.

Unter Kritik dieser beiden Theorien suchte der Referent dann für eine Aktualitäts- und Synthesästetik, so wie sie von dem schwedischen Denker Hans Larsson entwickelt worden ist, die Wege anzubahnen. In der intuitiven Synthese sieht diese Auffassung das ästhetische Prinzip par excellence und rückt auch die Metapher und das Gleichnis unter diesen Gesichtspunkt. So wird die Metapher und das Bild als ein Mittel zum Zweck der Synthetisierung des Vorstellungsinhaltes angesehen, und der Referent versuchte an verschiedenen Beispielen aus Goethes und Bürgers Dichtungen diese Auffassungsweise zu erhärten. Im Anschluß an Hans Larsson, aber im Sinne des Fiktionalismus über ihn hinausgehend, behauptete er schließlich, daß alle diese Metaphern und Bilder eine sehr wichtige Rolle als Kunstgriffe des lyrischen Denkens und der lyrischen Suggestion spielen; daß sie als konzentrative Fiktionen anzusehen sind und daß sie immer auf diesen Zweck hinzielen. Auch schien ihm eine bedeutsame Parallele zwischen der lyrisch-rekonstruierenden und der wissenschaftlichen-metodologischen Fiktion darin zu liegen, daß somit die letztere dann fortfällt, wenn sie der Denkrechnung ihren Dienst geleistet hat, so geschieht es auch mit der ersteren. Wir behalten das Resultat der Synthese zurück. Die Hülle des Bildes fällt zu Boden. Die lyrische Metapher, das Bild, das Gleichnis, bedeuten also gleich der wissenschaftlichen Fiktion, ein bewußtes Abweichen von der Wirklichkeit, im eigenen Interesse der Wirklichkeit und des Wirklichkeitserkenntnis und in ihrer Weise bezeichnen sie eine Annäherung an das höchste und letzte Ziel, das Vaihinger vor die Wissenschaft hingestellt hat: nämlich „ohne die störenden Einzelbiel des distursiven Denkens alles Weltgeschehens in eine absolute Anschaulichkeit zu bringen",

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220609018/fragment/page=0002